

# Verkehrsch caos abwenden

Schmittener erhält von Versicherung 125 000 Euro Entschädigung für veruntreute Gelder / Gemeindevertretung will Tourismus- und Verkehrskonzept für das Feldberg-Gebiet

Von Birgit Schweitzer

**SCHMITTEN-OBERREIFENBERG.** Auf der jüngsten Gemeindevertretersitzung waren Finanzen, Klimaschutz und Auswirkungen des Klimawandels, Verkehr und Bau einer Kindertagesstätte die wichtigsten Themen.

Gleich zu Beginn der Schmittener Parlamentssitzung am Mittwoch in der Jahrtausendhalle in Oberreifenberg hatte Bürgermeisterin Julia Krügers (CDU) eine positive Nachricht zu vermelden. In Bezug auf den Unterschlagungsfall im Rathaus konnte die Gemeinde Ansprüche bei der Versicherung geltend machen und bekommt 125 000 Euro erstattet. Bernhard Eschweiler (FWG) stellte die Rückfrage, was mit dem Geld passiere. Es werde als außerordentlicher Ertrag verbucht und verstärke die Liquidität in Hinblick auf einen positiven Jahresabschluss, antwortete André Sommer aus der Kämmererei.

Doch Eschweiler hatte im weiteren Verlauf der Sitzung schon Ideen für die Verwendung des Geldes, nämlich für die Finanzierung des Austauschs von Wasserleitungen im Zuge der Fahrbahnerneuerungen in Brombach und Dorfweil. Für diese nicht eingeplanten Maßnahmen wurde die Umdefinierung von eingeplanten Geldern für die (nicht mehr umgesetzte Maßnahme) Umgestaltung des Eingangsbereichs des Schwimmbades und für die Anschaffung von Notstromaggregaten, deren Lieferzeit ins nächste Jahr reicht, vorgeschlagen, um einen Nachtragshaushaltsplan zu vermeiden – wohlgernekt von einem noch nicht genehmigten Haushalt 2021, da der Jahresabschluss von 2018 noch aussteht. Deshalb hatte die Kommunalaufsicht die Genehmigung noch zurückgestellt. Auf Vorschlag von Eschweiler war sich die Gemeindevertretung einig, dass es wichtig sei, die Gelder für die Aggregat in petto zu haben, sodass für die Finanzierung der Wasserleitungen stattdessen außerplanmäßige Einnahmen zu verwenden seien. Eschweiler bestand außerdem darauf, dass der Gemeindevorstand eine Abrechnung der bereits im Haushalt 2020 eingestellten Mittel von 164 000 Euro für die Erneuerung der Wasserleitungen in Dorfweil mit Verwendungszweck vorzulegen habe, Ausgaben aus der Amtszeit von Marcus Kinkel.

Julia Krügers vermeldete auch das Jahresergebnis des Schmittener Freibades, das am Sonntag frühzeitig für diese Saison seine Tore geschlossen hat. Da das Wetter eher durchwachsen gewesen sei und zeitweise starke Corona-Beschränkungen herrschten, konnten dieses Jahr nur 36310 Euro eingenommen werden.

## Klimaschutz

Zu reger Diskussion führte ein Beschlussantrag der Mehrheitskoalition CDU, b-now und Bündnis 90/Die Grünen, ein Bekenntnis zum Klima-, Umwelt- und Artenschutz im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens. Anstoß nahm vor allem die Schaffung einer Vollzeitstelle Klimaschutzmanagement. Roland Wilfing



Im Rahmen eines Tourismus- und Verkehrskonzepts wird die Errichtung einer Schranke oberhalb des sogenannten Sprungbretts am Großen Feldberg geprüft. Foto: Birgit Schweitzer

(SPD) fehlten in dem Antrag konkrete Maßnahmen wie die Anbringung von Photovoltaik-Anlagen auf dem Rathaus und dem Bauhof. Von dem Vorschlag konnte er die Gemeindevertretung nicht überzeugen. Die Planung von Maßnahmen sei Aufgabe des einzustellenden Klimaschutzbeauftragten, merkten unter anderem Karsten Ratzke (Fraktionsvorsitzender CDU) und Bernhard Eschweiler (FWG) an. Hier solle die richtige Reihenfolge eingehalten werden. Ebenso wurde ein Verweis in die Ausschüsse auf Antrag der FWG abgelehnt. Der Beschlussvorlage wurde letztendlich stattgegeben mit der Änderung, dass zunächst die förderrechtlichen Voraussetzungen für die Stelle geschaffen werden, bevor Haushaltsmittel freigegeben und diese besetzt werde.

## Klimawandel

Völlig einig waren sich die Gemeindevertreter jedoch in der Anpassung einer Waldbewirtschaftung, die nachhaltig dem Klimawandel Rechnung trägt.

Von der Mehrheitskoalition abgeschmettert wurde ein erneut eingereicherter Antrag von Rainer Löw (Fraktionsvorsitzender FWG), Maßnahmen gegen Überschwemmungen bei Starkregen umzusetzen, wie die Überprüfung von Bachverrohrungen, Auffang-Gitteranlagen und Wassergräben. Annett Fomin-Fischer (Fraktionsvorsitzende b-now) befürchtete eine immense Kostenhöhe für entsprechende Gutachter für eine Überprüfung im gesamten Gemeindegebiet. Aus dem Umweltausschuss hatte Frank von der Ohe (Fraktionsvorsitzender der Grünen) berichtet, dass ein

dort geladener Experte klar gemacht hatte, dass Maßnahmen gegen Überschwemmungen mit hohen Investitionskosten verbunden seien und trotzdem keinen hundertprozentigen Schutz vor außergewöhnlichen Wetterereignissen böten. Löw pochte auf eine namentliche Abstimmung, die jedoch negativ ausfiel, nachdem die Bürgermeisterin beteuert hatte, dass die Bauhofmitarbeiter schon tätig geworden seien und der Bauhof gerne Hinweise entgegen nehme, die dann fortlaufend abgearbeitet würden. Zumindest ein von Löw zusätzlich eingebrachter Punkt wurde positiv beschieden, dass alle Ortsteile mit Sirenen zur rechtzeitigen Warnung der Anwohner ausgestattet werden sollen.

## Feldberg

Die desolate Parkplatzsituation auf dem Feldberg und ein damit verbundenes mögliches Verkehrsch caos wurde auf der Sitzung in Angriff genommen. Um Abhilfe zu schaffen, beauftragten die Gemeindevertreter einstimmig den Gemeindevorstand mit der Erstellung eines Tourismus- und Verkehrskonzepts für das gesamte Feldberggebiet budgetiert mit 40 000 Euro. Basis ist ein Lastenheft, in dem die Verkehrsführung analysiert und das Parkraumangebot definiert wird. Unter anderem die Möglichkeit der Installierung einer Schrankenanlage wird ausgelotet. Bernhard Eschweiler (FWG) regte eine Ergänzung im Beschluss an, dass zu der oberhalb des sogenannten Sprungbretts angedachten Schranke geprüft wird, ob die Verkehrsführung bezüglich Wendemöglichkeiten und die Zufahrt von ÖPNV und Rettungsfahrzeugen bei jeder

Verkehrslage noch gewährleistet sei.

Wiederum nicht einig waren sich die Gemeindevertreter in der von CDU, b-now und Bündnis 90/Die Grünen eingereichten Beschlussvorlage zur Vermeidung von Verkehrslärm und Gefahren durch Raser, in der die Bürgermeisterin gebeten wird, beim Landratsamt und der Polizeidirektion unter Einbindung von Hessenmobil Forderungen zu Geschwindigkeitsreduzierungen an Ortsausgängen und dem Abzweigen Sandplacken nach Oberreifenberg auf 60 Kilometer pro Stunde, dazu eine Verstärkung von Geschwindigkeitskontrollen, Wiederinbetriebnahme der Blitzanlagen und nach Anbringung von Hinweisschildern an den „Rennstrecken“ vorzubringen. Karin Ziener (Fraktionsvorsitzende SPD) lehnte eine Geschwindigkeitsreduzierung ab, da diese von Rasern nicht eingehalten werde und alle Verkehrsteilnehmer einschränke. Rainer Löw (Fraktionsvorsitzender FWG) schlug vor, die Gespräche mit den genannten Vertretern in die Ausschüsse zu verweisen. Karsten Ratzke (Fraktionsvorsitzender CDU) argumentierte, dass im Bereich Verkehr die Gemeinde keine eigenen Kompetenzen habe und darauf angewiesen sei, dass andere Institutionen tätig würden und die Bürgermeisterin die Wünsche weitertrage. Der Beschluss wurde letztendlich mit 17 Für- und 10 Gegenstimmen angenommen, nachdem der Vorschlag, das Thema in die Ausschüsse zu verlagern, abgelehnt worden war.

## Bau

Für kritische Redebeiträge sorgte außerdem der Fortgang der Planung des Neu-

baus einer Kindertagesstätte in Oberreifenberg mit der Accadis International School Bad Homburg, die nun eine eingeschossige Lösung weiterverfolgt. Es ging um die Freigabe der Leistungsphasen Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung. Roland Wilfing (SPD) wollte der weiteren Planung nicht zustimmen, denn das Projekt sei wirtschaftlich nicht tragbar und daher bestehe die Gefahr, dass die Gemeinde auf den Planungskosten sitzen bleibe. Rainer Löw (FWG) stimmte ihm zu und sah keinen Grund, sich auf die eingeschossige Variante festzulegen, da möglichst wenig Fläche versiegelt werden soll. Mit 17 Stimmen der Mehrheitskoalition dafür und 10 dagegen wurde der Beschluss dann doch gefasst, sodass nun förderfähige Planungsunterlagen für den Bau einer Kindertagesstätte fertiggestellt werden können. Das Baugrundgutachten, das zur nächsten Sitzung vorgelegt werden soll, berichtete die Bürgermeisterin, sei bereits eingegangen und weise keine Auffälligkeiten auf.

Die Tagesordnungspunkte zum Bebauungsplan „Tonnersacker“ in Hunoldstal und „Im Grund“ in Schmittener wurden im Übrigen in die Ausschüsse zurückverwiesen.

Einstimmig beschieden wurde auf der Sitzung ferner der Beschluss zur Evaluierung der Jugendarbeit in Schmittener in Hinblick auf die Entwicklung von Ideen für Angebote und Örtlichkeiten, auch dass weitere Stolpersteine in Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verlegt werden sowie eine konkrete Maßnahme einer Beleuchtung am Schwimmbad Richtung Stichstraße zum Feldberg für einen sicheren Schulweg in der dunklen Jahreszeit.